



Regierungsratsbeschluss vom 02. Februar 2021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG);
Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben;
Umsetzung der Motion Bischof (16.3902) vom 30.09.2016: Vernehmlassung

P201599

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Der Bundesrat plant eine Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). Dabei soll ein Verbot von Preisparitätsklauseln in Verträgen zwischen Online-Buchungsplattformen und Beherbergungsbetrieben mit einem neuen Gesetzesartikel eingeführt werden. Mit der Vorlage setzt der Bundesrat die vom Parlament überwiesene Motion 16.3902 «Verbot von Knebelverträgen der Online-Buchungsplattformen gegen die Hotellerie» von Ständerat Pirmin Bischof vom 30. September 2016 um. Der Regierungsrat unterstützt die Anliegen der Motion, d.h. den Direktvertrieb von Beherbergungsunternehmen über die eigenen Webseiten zu fördern und somit die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe zu stärken, und spricht sich für die geplante Änderung des UWG aus, auch wenn gemäss Ausführungen des Bundes lediglich mit geringen Auswirkungen zu rechnen ist.

